

893

... .. ॥१॥



daß die Regierung nicht den Weg einschlagen wird, den die Herren v. Stumm, v. Kottig und v. Karborsch empfohlen haben, nämlich zur Beschränkung des Koalitionsrechtes. Durch solche Mittel einem freien, selbstbewußten Arbeiterhande entgegenzutreten zu wollen, heißt Del ins Feuer gießen. Das würde dazu führen, daß demnächst nicht dreißigtausend, sondern hunderttausend in den Streik eintreten würden. Solche Reden sind die wirksamste Agitation für die Sozialdemokratie. Was nun die Nothstandsfrage betrifft, so stimme ich in vielen Beziehungen dem Abg. Hise zu. Bekannt habe ich, daß Herr von Karborsch den gegenwärtigen Nothstand wesentlich dazu benutzt, über die Noth der Landwirtschaft ein Lied vorzutragen. Die traurigen Verhältnisse, die die Leute zu Hause finden, haben sie in die Städte getrieben, wo sie mehr als moderne Menschen behandelt werden. Es kommt nicht allein auf den Lohn an, sondern die Behandlung und die soziale Stellung ist von größter Bedeutung. So lange auf dem Lande nicht ein würdiges und modernes Verhältnis besteht, wird der Zufluß nach den Städten fortbauern. Was thut denn der Großgrundbesitzer, um den Arbeiter an sich zu fesseln? Läßt es sich einer anlegen setzen, den Leuten Parzellen abzutreten, auf denen der Ackerbau in intensiver Weise betrieben werden kann? Mit Unrecht klagt Herr von Karborsch die Handelsverträge an. Gerade sie haben die Schwierigkeiten einigermassen gemildert. Hätte das frühere strenge Schutzsystem noch bestanden, dann wäre der Winter noch viel trauriger. Wir stehen noch immer unter dem Einfluß der Frühjahrs- theuerung, aber die Wirkung derselben wird sich immer mehr abmildern. Eine Verkürzung der Arbeitszeit würde dem Nothstande wohl ein wenig abhelfen vermögen, aber die mechanische Einführung einer Maximalarbeitszeit wäre von gar keinem Nutzen, sie würde die Arbeitslosigkeit nicht verhindern. Dagegen sollte mit allen Mitteln darauf hingewirkt werden, daß da, wo die Arbeiter beschäftigt werden können, Entlassungen und Lohnherabsetzungen nicht stattfinden. Namentlich sollten die Eisenbahnbehörden sich von diesem Gesichtspunkte leiten lassen und mit ihrem Sparsystem brechen. Sie müssen ihre soziale Aufgabe erkennen. Ihr Vor- gehen erbittert aber die Arbeiter, und dasselbe geschieht durch die Arbeitsordnungen, die theilweise ganz ungeschickt sind. Man sollte nicht willkürlich den Arbeitern vorschreiben, was gerade dem Arbeit- geber gefällt, sondern Rücksicht nehmen auf die Wünsche und Forderungen der Arbeiter. Daß man das nicht gethan hat, hat verschuldet, daß unsere Brüder und Schwestern so viel zu klagen haben. Wenn wir diesen Gesichtspunkt mehr im Auge behalten, dann werden sich die Wege zur Zufriedenheit bahnen. (Beifall links.)

Abg. Möller (nat.): Der Streik ist eine Machtfrage. Es ist Pflicht der Arbeitgeber und der Behörde, unberechtigten Forde- rungen der Arbeiter entgegenzutreten. Durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch Einführung des Maximalarbeitstages wird sich niemals etwas wesentlich Besseres erreichen lassen, als wir heute haben. Den Sozialdemokraten dagegen muß ich entgegenhalten, daß die Maschinen, weit entfernt zu schaden, dem Arbeiterstand von großem Nutzen gewesen sind.

Handelsminister Frhr. v. Berlepsch erklärt, daß die Löhne im Saarrevier sich in denselben Verhältnisse bewegt haben, wie die an der Ruhr und verliert zu diesem Zwecke einige Zahlen.

Abg. Wigger (wildlib.) giebt gleich dem Abg. Dr. Barth dem Protektionismus der Schutzpolitik schuld an den Nothständen. Der Protektionismus hat nur den Großgrundbesitz genügt, dagegen den kleinen Besitz geschädigt.

Abg. Dreesbach (Soz.): Der Staatssekretär v. Böttcher hat das Vorhandensein eines allgemeinen Nothstandes geleugnet. Wenn er sich die Berichte der Gewerbe-Inspektoren von 1891 an- gesehen hätte, er würde zu einer anderen Anschauung gekommen sein. Denn da ist überall von Arbeiterentlassungen, Betriebs- stillstellungen und Feterschichten die Rede. In dem Jahre 1892 sind die Verhältnisse aber noch bei Weitem schlimmer geworden. Schon daraus geht hervor, daß die Zustände trauriger sein müssen. In Hamburg ergab die Arbeitslosenstatistik eine Zahl von 3000 Leuten. In München ist die Zahl der Mitglieder der Ortskrankenkasse von 12000 auf 7000 zurückgegangen. Das kann doch bloß durch Arbeits- losigkeit hervorgerufen worden sein. Gemeinde, Staat und Reich können zur Verringerung der Noth beitragen. Die Kommunen können nicht ausreichende Hilfe leisten, wie dies das Beispiel von Mannheim be- weist. Die Aufforderung der Konservativen an uns, für ein Rückströmen der industriellen Bevölkerung nach dem platten Lande zu sorgen, hätten diese lieber an ihre eigene Adresse richten sollen. Schaffen Sie menschenwürdige Zustände auf dem Lande (Unruhe rechts), so werden Sie Arbeiter haben. Schaffen Sie die Gefindeordnung ab! Was aber thut die Landgemeinde? Aus eigener Erfahrung weiß ich, daß Sie die Armen und diejenigen, die erwerbslos zu werden drohen, nach den Städten abschieben. Wenn die Arbeitszeit verkürzt wird, so werden doch naturgemäß Arbeitslose wieder Arbeit finden. (Rufe rechts: nein.) Gewiß. Sehen Sie doch die 300 000 Bagabunden auf den Landstraßen an. Wer sind das? Das sind Arbeitslose, die arbeiten möchten, aber keine Arbeit haben. (Leb- hafter Widerspruch rechts.) In Ihren Augen sind es Bagabunden, in unsern Augen aber sind es ehrliche Leute, die keine Arbeit finden, obgleich sie wollen. (Große Unruhe rechts.) Diese Leute würden durch eine Verkürzung der Arbeitszeit Arbeit finden. Die kaiser- lichen Werften gehen sogar von dem Grundsatz aus, keinen Mann zur Arbeit anzunehmen, der das vierzigste Jahr überschritten hat. Das thut der Staat, der verlangt, daß man bis zum 45. Jahre Militärdienst verrichtet. (Sehr gut! links.) Daß man Leute über 40 Jahre zur Arbeit nicht mehr annimmt und ihnen für das 70. Lebensjahr eine Rente verspricht, ist ein Hohn und Skandal. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es wird behauptet, der Streik sei von Hebern in Szene gesetzt worden. Die „Germania“ aber, die kein sozialdemokratisches Blatt ist, giebt zu, daß die neue Arbeitsordnung und die Bezahlung der Lehrhauer gegründeten Anlaß zur Erregung der Vergleute gegeben habe. Die preussische Bergbehörde ist nicht nachgiebig sondern recht kneibig gewesen, und diese Schneidigkeit hat den Streik mit verschuldet. Was der Handelsminister heute will, nämlich 3000 Leute heraus- greifen und zu entlassen, ist das etwas anderes als jenes militärische System, nach dem man jeden zehnten Mann bei einer Revolte herausgriff und erschießen ließ. Nach Herrn v. Stumms An- sicht sollen die Arbeiter nicht das Recht haben, Forderungen zu stellen, sondern sollen von der Gnade des Ar- beitgebers abhängig sein. Wie steht das im Einklang mit dem gleichen Rechte aller? Auch die Arbeiter des Jhrn. v. Stumm werden einmal zu der Ausflarung kommen: Keine Gnade, sondern Recht! Wie kommen Sie dazu, bei den Arbeitern nachzuforschen über das Verhalten außer der Fabrik? Was würden Sie dazu sagen, wenn der Arbeiter Rechenschaft von Ihnen verlangte, wie Sie Ihre Reichthümer erworben haben? Das Verlangen nach einem Sozialistengesetz ist Ihre Bonapartierklärung. Sie werden durch Polizeimahregeln uns nicht vernichten. Jenes System ist zu Grunde gegangen und mit ihm sein Heros. Will der neue Kurs denselben Weg betreten, nun, dann sind wir gewarnt. Wenn die Interpellation nur den Erfolg gehabt hat, Herrn v. Stumm zu seiner Rede herauszufordern, so sind wir damit zufrieden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Dr. v. Böttcher: Im letzten Theil seiner Rede ist der Vorredner, glaube ich, zu offenhertzig gewesen, zum Schaden seiner Partei (Widerpruch bei den Sozialdemokraten). Bisher habe ich angenommen, daß jeder, der in einer öffentlichen Stellung wirkt, die Aufgabe hat, Zufriedenheit zu erregen. Wenn

die Sozialdemokraten ihre Aufgabe darin sehen, Unzufriedenheit zu säen, so wünsche ich guten Erfolg zum Geschäft. Mir ist unter- gelegt worden, ich hätte überhaupt keinen Nothstand anerkannt, das ist falsch; ich habe gesagt, es bestehe kein Nothstand, der das be- hörden Eingreifen erforderlich macht. Das Bild aber, welches der Vorredner entworfen hat, ist jedenfalls unzutreffend. In ganzen Industriezweigen ist eine bedeutende Steigung des Geschäftes ein- getreten. Die Einnahmen der Eisenbahnen und der Post sind in den letzten Monaten gestiegen. In fast allen im Königreich Sachsen betriebenen Industrien ist nach einem amtlichen Bericht Besserung eingetreten. (Der Staatssekretär verliest den Bericht.) Wenn gesagt wird, Armenpflege muß Reichthum sein, dann macht man sich die Konsequenzen nicht klar. Je mehr man die Fürsorge für die Arbeitslosen lokalisiert, desto wirksamer ist die Abhilfe. Die Arbeitslosigkeit in den großen Städten rührt aus dem Zustrom vom Lande her. Dämmen Sie diesen ein und machen Sie die Ar- beiter aufmerksam darauf, daß sie Arbeit suchen, wo sie zu finden ist.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird die nächste Sitzung auf Montag 1 Uhr anberaumt. (Brandweinsteuernebel.) Schluß 6 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 14. Januar, 11 Uhr. Die erste Beratung der Novelle zum Wahlgesetz wird fortgesetzt.

Abg. Graf Limburg-Sturum (kons.) wendet sich gegen die Vorschläge der freisinnigen Mittelreder. Glauben Sie doch nicht, daß es ohne eine starke konservative Partei geht. (Auf links: Ist schon gegangen!) Ja, aber wie? (Auf links: Wunderbar!) Das geheime Wahlrecht kann nur eingeführt werden gegen die Kompensation, daß in Preußen, im größten deutschen Bundesstaate, ein Wahlrecht eingeführt wird, welches die gebührende Macht- stellung der bestehenden Klassen sichert. Wir sind der festen Ueber- zeugung, daß wir auf dem rechten Wege sind, da wir die poli- tischen Rechte gerade der Theile der Bevölkerung vertreten, auf welche sich Regierung und Staat in Zeiten der Noth zuerst stützen müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Meyer-Berlin (freis.): Graf Limburg will noch die geringe Konzeption verweigern, welche die Regierung macht. Er will sich keine zwei Wahlmänner, die er in seinem Urwahlbezirke zu wählen hat, nicht nehmen lassen; er will sich sein „Recht“, welches er auf Grund seiner sozialen Stellung zu haben glaubt, nicht nehmen lassen. Graf Limburg billigt damit den Zustand, der früher als ein Kuriosum galt, so daß man daraus die bekannte Anekdote gemacht hat, wie ein Brauereibesitzer, der einzige Wähler in der ersten Klasse, vor dem Wahlkommissarius erklärte: „Ich wähle mir und meinen Sohn Jübor.“ (Gelächter.) Gegenwärtig wird dieser Zustand von Ihnen (zur Rechten) als ein Recht in Anspruch genommen. Die konservativen Parteien überall in der ganzen Welt halten fest an den bestehenden Staatsrechten und lassen sie sich nur Schritt für Schritt entreißen. Sie dagegen stehen gar nicht mehr auf dem Programm der alten konservativen Partei, sondern auf einem Programm von 1879, das in Ihrem Interesse eine Umwälzung herbeiführte, wie sie bei einer äußerlich friedlichen Lage im Lande niemals vorgekommen war. Wenn die konservative Partei wirklich eine starke Meinung im Lande ver- tritt, dann braucht sie doch nicht äußerliche Machtmittel zur Er- haltung ihres Einflusses aufzubieten.

Abg. Arndt (freis.): Herr Ridert beruft sich darauf, daß Fürst Bismarck einmal das Landtagswahlrecht, das elendeste aller Wahlssysteme genannt hat. Ich bin aber überzeugt, daß Fürst Bis- marck sich heute nicht mehr so äußern würde. Mit dem Reichs- tagswahlrecht hat man hinreichend schlechte Erfahrungen gemacht. Zu den schlimmsten Ausschreitungen des allgemeinen Wahlrechts rechne ich es, daß Fürst Bismarck mit einem Sozialdemokraten in die Stichwahl gekommen ist. Das Landtagswahlrecht ist kein voll- kommenes. Dem akademisch Gebildeten müßte eine bestimmte Klasse zugetheilt werden. Aber derartige Vorschläge können wir jetzt nicht zu Anträgen formulieren. Auch möchte ich keine Unterdrücke zwi- schen Stadt und Land hinsichtlich des Wahlrechts einführen. Ebenso erklären meine Freunde und ich uns gegen den gestrigen Vorschlag Herrfurts, für die ersten zwei Klassen eine Mindestzahl von Wählern vorzuschreiben. Auch gegen die Mitanzahlung indirekter Steuern sind wir ganz entschieden. Mit einer Verringerung des Wahlverfahrens würden wir allerdings einverstanden sein.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Einig scheint man auf allen Seiten des Hauses darüber zu sein, daß für die Kom- munalwahlen das Dreiklassenwahlrecht nicht geändert werden soll, auch der Abg. Meyer hat hiergegen nichts eingewendet. Ich glaube nun, daß man diese Form des Wahlrechts, wo sie besteht, nicht ohne Noth zerstören soll. Das gestülpte Wort eines großen Staatsmannes ist hier fast zu Tode gehebt. Ich bin nicht in der Lage, wie der Vorredner, die heutige Ansicht dieses Staatsmannes darlegen zu können. Jedenfalls steht fest, daß seit der langen Zeit, wo es besteht, kein Versuch gemacht ist, es aufzuheben. Es ist auch wohl nicht richtig, die Dreiklassenwahl einfach als ein Privilegium des Geldsackes zu bezeichnen. Mag dieser Maßstab ungenau sein, wir haben keinen andern, um Intelligenz und Bildung der Wähler- schaft zum Ausdruck zu bringen. In anderen Ländern hat man allerdings einen anderen Maßstab, der für uns allerdings nicht gut verwendbar ist, man verlangt dort, daß die Wähler Lesen und Schreiben kundig sind, was bei uns mit ganz verschwindenden Ausnahmen bei allen Bevölkerungsschichten der Fall ist. Die Klassenwahl hat doch auch das Hervortreten von Intelligenz und Bil- dung nicht gefördert, wie die Zusammensetzung dieses hohen Hauses stets bewiesen hat. Ich denke, wir können mit Ruhe auf diesem Boden weiterbauen und abwarten, ob die weitere Entwicklung zu einer Aenderung drängt. Von der Ueberzeugung, daß das geheime Wahlrecht das Beste sei, sind doch schon viele ehemalige Anhänger desselben zurückgekommen. (Sehr wahr!) Namentlich hat auch der frühere Abg. Dr. Windthorst anerkannt, daß er zwar Anhänger der geheimen Wahl sei, praktisch aber die Oeffentlichkeit der Wahl für besser halte. Jedenfalls ist der moralische Werth der Thatsache nicht zu unterschätzen, daß der Wahlkampf bei öffentlichem Wahl- recht ein offener und ehrlich ist. Uebrigens behandeln wir mit der Vorlage das bestehende Wahlrecht wie mit einer Novelle, der Artikel 115 bleibt bestehen, und der Erlaß eines Wahlgesetzes, der darin ausgesprochen ist, bleibt der Zukunft vorbehalten. Ich möchte deshalb bitten, mit allen Anträgen zurückzuhalten, die über das System des bestehenden Wahlrechts hinausgehen und dasselbe er- klütern. Ein solcher Antrag wäre der auf Anrechnung der indirekten Steuern, der auch einigermaßen praktisch, so daß er aus- führbar wäre, gar nicht formuliert werden könnte. Die sonst gegen die Anrechnung der Gemeindesteuer vorgebrachten Bedenken sind nicht sehr erheblich und unbegründet. Hoffentlich wird es ohne große Mühe gelingen, in der Kommission zu einer Verständigung zu gelangen.

Abg. Dasbach: Ohne geheimes Wahlrecht ist eine Ausübung des Wahlrechts für Arbeiter nicht denkbar.

Abg. Dr. Graf-Eberfeld (nat.-lib.): Wenn man den An- hängern des geheimen Wahlrechts den Willen thäte, würden sie den größten Schaden davon haben. Herr Dr. Rängerhans würde

bald von dem kurulischen Stuhle, den er jetzt einnimmt, wieder verschwinden.

Abg. Ridert (fr.): Die Forderung des allgemeinen ge- heimten Wahlrechts wird nicht verjumpt, wohl aber wird unter dem Dreiklassenwahlrecht die ganze Politik verjumpt. Nach der Wahl Alwarths haben doch die Konservativen wahrlich kein Recht, noch von grundsätzlichen Theorien anderer Parteien zu reden. Durch ihre Privilegienwirtschaft züchten die konservativen Sozial- demokraten und machen es uns schwer, mit denselben fertig zu werden. Die öffentliche Abstimmung führt viel mehr zu Heuchel und Lüge als die geheime Wahl und die Beeinflussung ist bei letzterer weniger möglich als bei der ersteren.

Abg. von Seydebrand und der Dasa (kons.): Die Frei- sinnigen können die Geister, die sie gerufen haben, nicht los werden. Die Agitation in Arnswalde ist nur eine Konsequenz der freisinnigen Agitation. Sie werfen uns vor, daß wir alles annehmen, was uns Nutzen brächte. Machen Sie es denn anders? Wie ist es denn in Berlin? Wird da nicht jede gegnerische Regierung rüd- sichtslos an die Wand gedrückt? Ich verstehe nicht, wie Männer, welche früher der Fortschrittspartei angehört, uns vorwerfen können, wenn wir uns nach den veränderten Verhältnissen richten. Sie können uns doch nicht vorwerfen, daß wir, zum Besten unserer Zukunft, eine Volkspartei geworden sind. Dazu hat besonders auch Graf Limburg beigetragen, der heute so heftig angegriffen worden ist. Dieser Mann ist eine Herde unserer Partei und leistet jeden- falls mehr, als mancher anderer, der, sei es freiwillig, sei es un- freiwillig, zur Erweiterung der Versammlung beiträgt. (Gelächter und Beifall rechts.)

Ein Schlußantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Frei- sinnigen und des Zentrums angenommen.

Die Vorlage wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Rechnungssachen, Etat). Schluß 2 Uhr.

## Locales.

Posen, 16. Januar.

△ **Versammlung katholischer Lehrer.** Am Sonnabend Abend fand im Restaurant Gürlich am Alten Markte eine Ver- sammlung katholischer Lehrer aus Posen und der Umgegend statt, zu der sich etwa 30 Herren eingefunden hatten. Zum Vorsitzenden der Versammlung wurde der Mittelschullehrer Herr Rinkel gewählt. In der Versammlung sollte Stellung genommen werden zur Frage der Gründung eines Vereins katholischer Lehrer. Ein Referent war nicht bestellt; es wurde daher sofort in die Be- sprechung über den Gegenstand eingetreten. Dabei gingen die Meinungen wesentlich auseinander. Während von der einen Seite auf der namentlich die polnischen Lehrer standen, die Nothwendigkeit eines besonderen Vereins für katholische Lehrer betont wurde, be- gnügte man sich auf der anderen Seite, welche hauptsächlich von den deutsch-katholischen Lehrern vertreten wurde, mit der Forderung, innerhalb des bestehenden „Posener Lehrervereins“ eine besondere Sektion bzw. Abtheilung zu bilden, um in derselben spezifisch katholische Fragen erörtern zu können. Mehrere Redner wandten sich entschieden gegen diese Vorschläge. Bei der Abstimmung lehnte die Versammlung sowohl die Gründung eines besonderen Vereins als auch die Bildung einer katholischen Abtheilung innerhalb des „Posener Lehrervereins“ ab. Wir berichten diese Thatsache mit Genugthuung, da sie zeigt, daß die hiesigen katholischen Lehrerkreise in ihrer Mehrheit das „Bedürfnis“ zu besonderen konfessionellen Konventikeln nicht anerkennen.

## Telegraphische Nachrichten.

**Berlin, 14. Jan.** Der Bundesrath erteilte in der am 12. d. M. unter dem Vorsitz des königlich bayerischen Gesandten Grafen von Lerchenfeld-Köfering abgehaltenen Plenarsitzung dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen, betreffend die Gewerbesteuer- Einschätzung mit den von den Ausschüssen für Zoll- und Steuer- wesen und für Elsaß-Lothringen beantragten Abänderungen die Zustimmung. Von den vorgelegten Nachweisungen über die Rech- nungsergebnisse der See-Versicherungsgesellschaft und über die Ge- schäfts- und Rechnungs-Ergebnisse der Invaliditäts- und Alters- versicherungsgesellschaften für das Jahr 1891 nahm die Versammlung Kenntnis, erklärte sich mit der bereits erfolgten Ueberweisung des Gesetzentwurfs wegen Feststellung des Bundeshaushalts-Etats für Elsaß-Lothringen für 1893/94 an die Ausschüsse für Rech- nungswesen und für Elsaß-Lothringen einverstanden und be- schloß, den Gesetz-Entwurf für Elsaß-Lothringen über das Pfandrecht für die von Boden-Kredit-Gesellschaften aus- gegebenen Schuldverschreibungen und den Entwurf eines Gesetzes wegen Abänderung der Maß- und Gewichtordnung, ersteren den Ausschüssen für Justizwesen und für Elsaß-Lothringen, letzteren dem Ausschusse für Handel und Verkehr zur Vorberatung zu übergeben. Endlich wurde über die Seiner Majestät dem Kaiser wegen Wiederbesetzung zweier Rathsitzen beim Reichsgericht zu unterbreitenden Vorschläge, über mehrere Ein- gaben, welche sich auf die Abänderung und Ergänzung des In- validitäts- und Altersversicherungsgesetzes richten, sowie über eine Eingabe, betreffend die Einfuhr von amerikanischem Fleische, Be- schluß gefaßt.

**Königsberg i. Pr., 14. Jan.** Zum Rektor der Uni- versität für das Studienjahr 1893/94 ist Professor Gareis gewählt worden.

**Köln, 14. Jan.** Das Eisen- und Stahlwerk der Gebrüder van der Zypen in Deuz ist wegen Kohlenmangels größtentheils außer Betrieb gesetzt. Gegen dreihundert Arbeiter sind dadurch beschäftigungslos geworden. Weitere 150 Arbeiter werden ihre Beschäftigung verlieren, wenn die Stockung der Kohlenlieferung nicht in den nächsten Tagen gehoben wird.

Aus Essen wird der „Köln. Ztg.“ von heute gemeldet: In einem Rundschreiben des bergbaulichen Vereins werden die Bechen drin- gend erucht, von den einschlägigen Paragraphen der Arbeitsordnung ausnahmslos genauesten Gebrauch zu machen, ferner keinen Ar- beiter anzunehmen, der wegen Beteiligungs am Ausstände auf einer anderen Zeche entlassen ist. Dieses sei um so leichter durch- führbar, als kein wirtschaftlicher Nachtheil entstehe, wenn die Kohlenförderung längere Zeit wesentlich beschränkt würde.

Die Nachricht mehrerer Blätter, auf der Zeche „Konfolidation“ sei eine Schachsprungung verübt worden, wird von der „Köln. Ztg.“ auf Grund einer Mittheilung der Bechenverwaltung als unrichtig bezeichnet.

**Dortmund, 14. Jan.** Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ meldet, haben die Bechen „Sollern“ und „Germania“ gemäß § 3 der Ar- beitsordnung über 1000 Arbeiter entlassen. — Die „Dortmunder Union“ nimmt am Montag ihren Betrieb im ganzen Umfang wie- der auf.



**Buchum, 14. Jan.** Nachdem die von Beche „Präsident II.“ ausständigen Schlepper heute die Arbeit wieder aufgenommen haben, ist nunmehr der Ausstand im hiesigen Revier gänzlich beendet.

**Essen a. d. Ruhr, 14. Jan.** Der „Rhein. Westf. Ztg.“ zufolge beschloß die Generalversammlung von der Beche „Hugo“ mit großer Mehrheit dem Syndikat nur für fünf Jahre und nur unter der Bedingung beizutreten, daß die Beche im Beirathe des Syndikats behändig vertreten sei.

Der Streikführer Ballmann wurde bei der Rückkehr aus dem Streikgebiete am hiesigen Bahnhofe von der Polizei verhaftet. — Aus Buchum wird gemeldet, daß es auf der Beche „Lothringen“ zwischen Streikenden und Arbeitern, die anfahren wollten, unter Theilnahme von Weibern in vergangener Nacht zu Schlägereien gekommen ist. Mehrere Personen wurden verletzt, darunter eine lebensgefährlich.

**Essen a. d. R., 15. Jan.** Der „Rhein. Westf. Ztg.“ zufolge wurde die heute hier abgehaltene Bergarbeiterversammlung, welche über die Fortsetzung des Streiks beschließen sollte, bald nach Eröffnung wegen Verhöhnung obrigkeitlicher Anordnungen polizeilich aufgelöst.

**Saarbrücken, 14. Jan.** Heute sind 21840 Mann angefahren. Auf den Inspektionen Inzendorf, Heintz und Reunficken arbeitet Alles. Die gestrigen Versammlungen in Bilsdorf und in der Rittersstraße waren nur schwach besucht. Der Streik neigt dem Ende zu.

**Mech, 15. Jan.** Hier sind große Schneemassen niedergegangen. Die Bäche aus Frankreich treffen mit großen Verspätungen ein.

**Hamburg, 14. Jan.** Die vierzehnte Delegirtenversammlung deutscher Seestädte, die heute hier zusammentrat, wurde von dem Präsidenten der Handelskammer Crafemann eröffnet und begrüßt. Vertreten sind Altona, Brafe, Bremen, Danzig, Emden, Flensburg, Geestemünde, Harburg, Kiel, Königsberg i. Pr., Lübeck, Rostock durch 32 Delegirte. Zur Beratung standen: „Die Maßregeln wegen der gesundheitspolizeilichen Kontrolle der in deutschen Häfen anlaufenden Schiffe.“ Zum Vorsitzenden wurde Crafemann gewählt. Wächter-Stettin empfahl, die von der Stettiner Handelskammer ausgearbeiteten Resolutionen als Grundlage der Beratung anzunehmen. Rupert-Hamburg schlägt vor, den Antrag Hamburgs auf Annahme der in England geltenden Vorschriften für die Quarantäne, welche sich in jeder Beziehung als ausreichend erwiesen hätten, zu acceptiren. Alsdann wurde beschlossen, die Verordnung vom 11. Juli 1883 paragraphenweise und darauf den Stettiner und den Hamburger Antrag durchzuerathen.

**Hamburg, 14. Januar.** Die Delegirten-Versammlung der deutschen Seestädte sprach sich zustimmend zu den meisten Bestimmungen der Verordnung vom 11. Juli 1883 aus, und nahm einige neue Bestimmungen, sowie die Resolutionen der Stettiner Handelskammer beifällig in die Verordnung an. Ein Antrag auf Herbeiführung eines internationalen Abkommens wurde abgelehnt. Eine Redaktionskommission wird diese Beschlüsse beifällig Uebersetzung an die Reichsregierung formuliren. Zum Vorort im nächsten Jahre wurde Lübeck gewählt.

**Hamburg, 15. Jan.** Bei einer unter verdächtigen Symptomen erkrankten Frau ist heute durch die bakteriologische Untersuchung Cholera festgestellt worden.

**Hamburg, 14. Jan.** Bei einem von London zugereisten polnisch-jüdischen Auswanderer und bei einem zwei Monate alten Kinde ist durch die bakteriologische Untersuchung heute Cholera konstatiert worden.

**Amberg, 15. Jan.** Wie die „Amberg. Volksztg.“ meldet, ist der Reichstagsabg. Hilpert heute Vormittag gestorben.

**Braunschweig, 14. Jan.** Wegen starken Schneetreibens haben seit gestern Abend fast alle Züge große Verspätung. Der Personenzug Berlin-Magdeburg, welcher Nachs 12<sup>1/2</sup> Uhr hier eintreffen soll, verspätete sich um drei Stunden. Bei Gleibingen blieb ein Güterzug zwei Stunden im Schnee stehen.

**München, 14. Jan.** Der Berliner Schnellzug ist heute Vormittag in der Oberpfalz in Folge heftigen Schneesturmes stehen geblieben. Ueberhaupt erleidet der gesamte Verkehr starke Verspätungen.

**Schwerin i. M., 15. Jan.** Wie die „Mecklenb. Nachr.“ melden, hat der Justizminister Dr. v. Buchka wegen vorgerückten Alters um seine Entlassung gebeten und wird demnächst aus dem Staatsdienst scheiden.

**Chemnitz, 14. Jan.** In Folge Schneeberuhungen fikt der heutige erste Eisenbahnzug von Alesja bei Wittweba fest, ferner der erste Zug von Reichenbach bei Neumark. Auf den Linien Leipzig-Borna-Chemnitz und Leipzig-Limbach erleiden die Züge eine mehrstündige Verspätung; die Strecken Zwickau-Stern und Freiberg-Salsbrücke sind vollkommen gesperrt.

**Reichenberg i. Böhmen, 14. Jan.** Bei den Gemeindevahlen wurden im ersten Wahlkörper 15 Liberale gewählt.

**Reval, 14. Jan.** Der hiesige Hafen ist heute für die Schifffahrt gesperrt. Temperatur: 15 Grad unter Null.

**Paris, 14. Jan.** Im Ministerrath unterbreitete Tirard dem Präsidenten Carnot den Gesetzentwurf, nach welchem die an der Börse abgeschlossenen Termingeschäfte mit einer Steuer belegt werden sollen. Der Entwurf wird heute dem Bureau der Kammer überwiesen werden.

Der Finanzminister wird der Kammer ferner einen Gesetzentwurf vorlegen, der den Betrag, bis zu welchem die Bank von Frankreich berechtigt ist Noten auszugeben, auf 4 Milliarden erhöht.

**Paris, 14. Jan.** Hier werden Meldungen aus Madrid verbreitet, wonach der Generalkapitän von Andalusien den Befehl erhalten hat, die beiden in Cadix stehenden Brigaden bereit zu halten, um im Bedarfsfalle dieselben an die Küste von Marokko absenden zu können.

**Paris, 14. Jan.** Der deutsche Botschafter Graf Münster ist zwar noch leidend und hütet das Zimmer, befindet sich, authentischer Mittheilung zufolge, jedoch entschieden auf dem Wege der Besserung. Die gegentheiligen Meldungen mehrerer Blätter sind völlig unbegründet.

**Paris, 14. Jan.** Etwa 50 republikanische Deputirte hatten heute Nachmittag eine gemeinsame Beratung über die gegenwärtige Lage und beschlossen, dem Ministerpräsidenten Ribot zur Erwägung mitzutheilen, daß, bei Aufrechterhaltung der Forderung nach vollem Licht über die Panama-Angelegenheit, nicht vergessen werden dürfe, daß das Interesse der Republik eine schnelle Lösung derselben verlange. — Diejenigen Deputirten, welche keiner der früheren Kammer angehört haben, konstituirten sich zu einer besondern Gruppe.

**Paris, 14. Jan.** Der boulangistische Deputirte Aimel beschuldigte in einem Provinzialblatte Pötreire, den Präsidenten der „Compagnie Atlantique“, seiner Zeit dem Arbeiter-Minister Yves-Guyot 200 000 Franks für die Einbringung eines Ge-

setzes über Hafenbauten in Pauillac gegeben zu haben. Pötreire und Yves-Guyot strengen in Folge dessen gegen Aimel einen Diffamationsprozeß an. Der Deputirte Lalou, Eigenthümer des Blattes „Cocarde“, richtet öffentlich eine Anfrage an Ribot, ob es wahr sei, daß er gleich Rouvier von dem Bankier Vlasto Gelder für seinen Geheimfonds vorgeschossen erhalten habe.

**Paris, 14. Jan.** Wie der „Figaro“ meldet, wäre durch die gerichtliche Voruntersuchung in der Panama-Angelegenheit festgestellt worden, daß Jules Roche in keiner Weise belastet sei. Das gegen denselben eingeleitete Verfahren werde eingestellt werden.

Dem „XIXième Siècle“ zufolge hätte Bahaut zugestanden, von der Panama-Kanal-Gesellschaft 1 Million Francs verlangt und 375 Tausend Francs erhalten zu haben. Die Morgenblätter kündigen neue Verfolgungen und Hausdurchsuchungen an.

**Paris, 15. Jan.** In einer zahlreich besuchten Versammlung, welche von einer Gruppe sozialistischer Deputirten auf gestern Abend nach dem Tivoli-Baugraben einberufen war, wandten sich mehrere Redner in heftigster Weise gegen die Vorgänge in der Panama-Angelegenheit. Nach längerem Verhandlungen über andere Fragen genehmigte die Versammlung schließlich einstimmig einen Antrag auf Erlass einer allgemeinen Amnestie.

**Paris, 15. Jan.** Mehrere Morgenblätter verschiedener Parteirichtungen beschäftigen sich mit den jüngsten Angriffen auf den Präsidenten Carnot. Die Angriffe seien zum Theil durch Carnot selbst verschuldet, da er durch eine persönliche Politik sowie durch aktive Theilnahme an der Beseitigung gewisser Minister und an der Neubildung der Kabinete sich der durch die Verfassung ihm gebotenen Deckung entäußert habe. Die „Panterne“, welche angeblich zu Floquet Beziehungen unterhält, fordert den Rücktritt Carnots. Letzterer sei zwar gewiß nicht der Korruption verdächtig, aber seine Unterschrift stehe auf einem von seinem ehemaligen Kollegen erkauften Gesetzentwurf. Der „Gaulois“ behauptet, der Minister des Innern hätte gestern an Provinzialblätter gerichtete Telegramme, welche Angriffe auf Carnot reproduzirten, inhibirt. Rouvier hätte gedroht, er würde, wenn die Untersuchung gegen ihn nicht eingestellt würde, Beweise dafür liefern, daß auch Ribot Beziehungen zu Vlasto unterhalten habe. Vlasto besitze ein Schreiben Ribots, in welchem derselbe wegen geleisteter Geldvorschüsse für die Geheimfonds Dank sage.

**Paris, 15. Jan.** Der hiesige Korrespondent des „Budapester Hirap“, Selekst, ist heute Morgen verhaftet worden. Die Veranlassung zu seiner Verhaftung gaben seine fortgesetzten Verleumdungen von mehreren bei der französischen Republik beglaubigten Gesandten und seine unwahren Behauptungen über das Verhalten eines fremden Souveräns gegenüber einem französischen Botschafter. In der Wohnung Seleksts, der wahrscheinlich ausgewiesen wird, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen.

Man spricht von weiteren Verhaftungen und Ausweisungen, welche zwei Korrespondenten deutscher und italienischer Zeitungen betreffen würden, die sich ähnlich vergeblich wie Selekst schuldig gemacht hätten. — Wie versichert wird, drückte Ribot dem russischen Botschafter v. Mohrenheim gegenüber sein Bedauern aus, daß auch zwei französische Blätter sich an der Verbreitung jener Verleumdungen betheiligten.

**Paris, 15. Jan.** Der Journalist Selekst wurde nach einem summarischen Verhör durch den Polizeikommissar bis zu seiner Ausweisung in das Polizeigefängnis abgeführt.

Die Gattin des Deputirten Reinach, Tochter des Barons Reinach, hat dem Vernehmen nach auf die Erbschaft ihres Vaters verzichtet. — Wie mehrere Blätter melden, haben die in einem großen Bankinstitute vorgenommenen Nachforschungen ergeben, daß der verhaftete frühere Deputirte Sanslerow zur Zeit der Verhaftung des Gesetzentwurfs über die Panamaloose 200 000 Francs deponirt habe.

**Paris, 15. Jan.** Wie der „Temps“ meldet, hat der französische Botschafter in Wien, Decrais, die über ihn in den Blättern verbreiteten tendenziösen Meldungen heute in einem Telegramm an den Minister des Auswärtigen für gänzlich erfunden erklärt.

**Madrid, 13. Jan.** Nach einer Meldung des „Correo es anol“ wäre die in der Nähe der Insel Albuemas durch Maroffaner gefangen genommene Militärperson ein Marine-Untersoffizier, der im Hafen von Albuemas die Funktionen eines Hafen-Kapitäns verfab.

Die Kaiserin von Oesterreich hat Cadix verlassen und sich nach Sevilla begeben.

**London, 13. Jan.** Nach einer Meldung des „Reuter-schen Bureaus“ aus Buenos Ayres von heute, hat Vermejo, der sich bereit erklärt hatte, das Portefeuille des Innern zu übernehmen, diese Erklärung wieder zurückgezogen, weil er die Intervention der Bundesregierung bei den Kämpfen in der Provinz Corrientes mißbilligt.

**London, 14. Jan.** Die unter dem Vorsitze des Unterhausmitgliedes Hardie in Bradford stattgehabte Konferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei hat mehrere Resolutionen angenommen, in denen der internationale Charakter der Arbeit betont, dem Proletariat aller Länder brüderliche Begrüßung entboten und die Absicht der Partei ausgesprochen wird, an der in diesem Jahre in Zürich stattfindenden internationalen Konferenz theilzunehmen.

**London, 14. Jan.** Das Veterinäramt hat heute eine Verordnung erlassen, durch welche das Verbot vom 2. Januar betreffend die Ausfuhr von Vieh aus der Grafschaft London aufgehoben wird.

**Washington, 13. Jan.** Sohn Brigham ist zum Konsul der Vereinigten Staaten in Nachen ernannt worden.

**Newyork, 14. Jan.** Der „Newyork Herald“ veröffentlicht ein Telegramm aus Panama, wonach der Präsident Ru-nez aus Cartagena vom 12. d. M. telegraphirte, daß der Kongreß die Vorlage, betreffend die Verlängerung der Bauerlaubnis für den Panama-Kanal angenommen habe.

Nach einer Depesche des „Sun“ aus Washington hat Carlisle in einem Schreiben an Cleveland sich bereit erklärt, bei der Uebernahme der Präsidentschaft durch Cleveland den Posten des Schatzsekretärs unter der Bedingung anzunehmen,

daß die Regierung ihn bei seiner Kandidatur für die Präsidentschaft im Jahre 1896 unterstütze.

## Handel und Verkehr.

**\*\* Wien, 14. Jan.** Ausweis der österr.-ungar. Staatsbahn (österreichisches Netz) vom 1. bis 10. Januar 463 994 Kl., Mindereinnahme gegen den entsprechenden Zeitraum des vorigen Jahres 61 879 Kl.

**\*\* Wien, 14. Jan.** Die österreichische Länderbank beschloß, für die Wauer der Weltausstellung in Chicago daselbst eine Filiale zu errichten.

## Marktberichte.

### Zusammenbericht der Magdeburger Börse.

Preise für greifbare Waare.

A. Mit Verbrauchssteuer.

	13. Jan.	14. Jan.
Fein Brodrassina	27,75 M.	27,75 M.
Fein Brodrassina	27,50 M.	27,50 M.
Gem. Raffina	27,25—28,00 M.	27,25—28,00 M.
Gem. Raffina I.	26,25 M.	26,25 M.
Kryfalszuder I.	—	—
Büchelszuder II.	29,00 M.	29,00 M.

Tendenz am 14. Januar, Vormittags 11 Uhr: Ruhig.

B. Ohne Verbrauchssteuer.

	13. Jan.	14. Jan.
Granulirter Zucker	—	—
Kornzud. Rend. 92 Proz.	14,65—14,80 M.	14,65—14,80 M.
do. Rend. 93 Proz.	13,95—14,15 M.	14,00—14,30 M.
Kornzud. Rend. 75 Proz.	10,85—11,80 M.	10,85—11,85 M.

Tendenz am 14. Januar, Vormittags 11 Uhr: Fest.

### Bromberger Seehandlungs-Mühlen.

(Ohne Verbindlichkeit)

vom 12. Januar 1893.

Weizen-Fabrikate.

Gries Nr. 1	14 60	Mehl 00 gelb Band	11 40
do. 2	13 60	do. 0 (Griesmehl)	7 60
Kalferanzugmehl.	15 —	Brotmehl	— —
Mehl 000	14 —	Futtermehl	5 —
do. 00 weiß Band	11 80	Mele	4 80

Roggen-Fabrikate:

Mehl 0	10 20	Kornmehl	8 40
do. 0/1	9 40	Schrot	7 20
do. I	8 80	Mele	4 60
do. II	5 80	—	—

Gersten-Fabrikate:

Graupe Nr. 1	15 50	Grüze Nr. 2	10 50
do. 2	14 —	do. 3	10 —
do. 3	13 —	Rohmehl	7 60
do. 4	12 —	Futtermehl	4 80
do. 5	11 50	Buchweizengrüze I	15 60
do. 6	11 —	do. II	15 20
do. grobe	10 —	Maismehl	— —
Grüze Nr. 1	11 50	Maisschrot	— —

## Produkten- und Börsenberichte.

Wand-Kurze.

**Frankfurt a. M., 14. Jan.** (Schlußkurse) Ruhig. Lond. Wechsel 20,35. 4proz. Reichsanleihe 107,35. österr. Silberrente 82,55. 4<sup>1/2</sup>proz. Papierrente 83,00. do. 4proz. Goldrente 88,30. 1860er Loose 128,90. 4proz. ung. Goldrente 96,30. Italien. 91,20. 1880er Ruffen 95,90. 3. Orientanl. 65,70. unifiz. Egypter 99,45. lomb. Türken 20,85. 4proz. türk. Anl. 84,60. 5proz. port. Anl. 22,20. 5proz. serb. Rente 77,30. 5proz. amori Rumänier 97,20. 5proz. toniol. Mexik. 77,10. Böhm. Westbahn —. Böhm. Nordb. 159<sup>1/2</sup>. Aragoien —. Galtzer 184<sup>1/2</sup>. Gotthardbahn 152,80. Lombarden 78<sup>1/2</sup>. Lübeck-Büchen 139,50. Nordwestbahn 179<sup>1/2</sup>. Kreditaktien 267<sup>1/2</sup>. Darmstädter 134,00. Mittels. Kredit 95,90. Reichsb. 147,60. Dist. Kommandit 180,80. Dresdner Bank 138,60. Pariser Wechsel 81,116. Wiener Wechsel 168,70. serbische Tabakrente 77,10. Bochum Gußstahl 114,00. Dortmund. Union 54,00. Harpener Bergwerk 126,00. Siberia 107,00. 4proz. Spanier 60,80. Mainzer 110,10. Berliner Handelsgesellschaft 136,70.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 267<sup>1/2</sup>, Dist.-Kommandit 181,20. Bochumer —.

**Wien, 14. Jan.** (Schlußkurse.) Bei andauernder Festigkeit einzelne Banken, Rohlenwerthe, böhmische Bahnen und Loose lebhafter, andere ruhig.

Devisen: 4<sup>1/2</sup>proz. Papierre. 98,45. do. 5proz. 100,70. do. Silber. 98,05. do. Goldrente 116,70. 4proz. ung. Goldrente 114,35. 5proz. o. Papierre. 100,85. Länderbank 232,90. österr. Kreditakt. 218,75. ungar. Kreditaktien 265,75. Wien. St.-B. 117,80. Elbethalbahn 227,25. Galtzer 218,75. Lomb.-Garnowits 250,25. Bombardier 91,75. Nordwestbahn 212,50. Tabakakt. 167,00. Napoleons 9,60<sup>1/2</sup>. Marktnoten 59,25. Russ. Banknoten 1,23. Silbercoupons 100,00. Bulg. garliche Anleihe 111,10.

**Paris, 14. Jan.** (Schlußkurse.) Behauptet. 3proz. rente amori. Rente 96,32<sup>1/2</sup>, 3proz. Rente 96,07<sup>1/2</sup>, 4proz. Anl. —. Italien. 5proz. Rente 90,15. österr. Goldr. —. 4proz. ungar. Goldr. 95,56. 3. Orientanl. 66,40. 4proz. Ruffen 1889 96,25. 4proz. Egypter 99, —. lomb. Türken 21,12<sup>1/2</sup>. Türkenl. 87,25. Lombarden —. do. Florid. —. Banque Ottomane 565,00. Panama 5proz. Obligat. —. Rio Tinto 389,30. Tab. Ottom. 354,00. Neue 3proz. Rente —. 3proz. Portugiesen 22,68. 3proz. Ruffen 77,50. Privatdiskont 2<sup>1/2</sup> %.

**London, 14. Jan.** (Schlußkurse.) Stetig, ruhiger. Engl. 2<sup>1/2</sup>proz. Consols 98<sup>1/2</sup>. Preuss. 3proz. Consols 105,00. Italien. 5proz. Rente 90. Lombarden 8<sup>1/2</sup>proz. 1889 Ruffen 91. Serie 97. lomb. Türken 21. österr. Silber. 81,00. österr. Goldrente 98. 4proz. ungar. Goldrente 94. 4proz. Spanier 60. 3<sup>1/2</sup>proz. Egypter 98<sup>1/2</sup>. 4proz. unifiz. Egypter 98<sup>1/2</sup>. 4proz. gar. Egypter —. 4<sup>1/2</sup>proz. Tribut-Anl. 97<sup>1/2</sup>. 6proz. Mexikaner 77<sup>1/2</sup>. Ottomanbank 12<sup>1/2</sup>. Suezaktien —. Canaba Pacific 91<sup>1/2</sup>. De Beers neue 17<sup>1/2</sup>. Blazisfont 1<sup>1/2</sup> %.

**Petersburg, 14. Jan.** Wechsel auf London 98,15. Russ. II. Orientanl. 102<sup>1/2</sup>. do. III. Orientanl. 103<sup>1/2</sup>. do. Bank für ausw. Handel 287<sup>1/2</sup>. Petersburger Diskontobank 481. Warschauer Diskontobank —. Petersb. internat. Bank 441. Russ. 4<sup>1/2</sup>proz. Bodencreditpfandbriefe 155<sup>1/2</sup>. Gr. Russ. Eisenbahn 250. Russ. Südwestbahn-Alten 114<sup>1/2</sup> %.

**Buenos Ayres, 14. Jan.** Golbagio 191,50.  
**Rio de Janeiro, 14. Jan.** Wechsel auf London 13<sup>1/2</sup> %.

Produkten-Kurze.

**Adln, 14. Jan.** (Getreidemarkt.) Weizen loco hiesiger 15,75. do. fremder loco 17,25. per März 16,85. per Mai —. Rogge hiesiger loco 14,50. fremder loco 15,75. per März 14,75. per Mai —. Hafer hiesiger loco 14,50. fremder —. Mühllof loco 54,00. per Mai 52,00. per Okt. —. Wetter: Schnee.  
**Bremen, 14. Januar.** (Börsen-Schlußbericht) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Raffinirtes Petroleum. Schwach. Veto 5,45 Br.  
Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 50 Bt., Upland



Bauges. Humb.	6	126.
Moabit	8	131.
Passage	3 1/3	65.
U. d. Linden	0	10.
Berl. Elekt. - W.	9	139.
Berl. Lagerhof	0	81.
do. do. St.-Pr	3	117.
Ahrens Br., Mbt.	0	51.
Berl. Brock-Br.	0	42.
Schultheiss-Br.	16	226.
Bresl. Oelw.	3	87.
Deutsche Asph.	4	84.
Dynamit Trust.	11	133.
Erdmannsd. Sp.	6	92.
Fraust. Zucker	0	98.
Glauz. Zucker	12	113.
Gummi Harburg		
Wien	20	253.
do. Schwanitz	0	162.
do. Voigt Widen	8	120.
do. Volpi. Schltd.	5	94.
Hemmoor Cem.	4	103.
Köhlh. Strk.	4	
Köbisfd. Zucker	12	114.
Löwe & Co.	18	213.
Bresl. Linke	13 1/2	138.
do. Hofm.	13 1/2	
Germ.-Vrz.-Akt.	6	88.
Görilzt ov.	8	118.
Görl. Ladr.	13	128.
Grusonwerk	10	180.
H. Pauksch.	0	
Schwarzkopff.	—	236.
Stettin-Vulk.-B.	9	107.
Sudenburg	24	205.
O.-Schl. Cham.	3	72.
do. Port. Cem.	5 1/2	72.
Oppeln. Cem.-F.	5 1/8	88.
do. (Giesel).	6	73.
Gr.Berl. Pferdb.	12 1/2	94.
Hamb. Pferdeb.	4	212.
Potsd. ov. Pfrdb.	4 1/2	93.
Posen.Sprit-F.	4	84.
Rositzer Zucker	3	65.
Schles. Cem.	9 1/2	116.
Stett.-Bred.Cem.	4	91.
do. Chamott.	15	194.
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	13 1/8	125.
Berzelius	12	132.
Bismarkhütte	—	134.
Bösch. Gusst.-F.	—	114.
Donnersmarck	—	79.
Dortm. St.-Pr.-A.	—	55.
Gelsenkirchen	12	137.
Hibernia	12	111.
Hörd. St.-Pr.-A.	0	42.
Innowael. Salz.	0	34.
König u. Laura	8	94.
Lauchham	—	99.
Louis.Tief.St.-Pr	—	106.
Oberschl. Bd.	2	46.
do. Eisen-Ind.	6	110.
Redenh. St.-Pr.	—	11.
Riebeck. Mont.	15	161.
Schles. Kohl.w.	0	25.
do. Zinkhütte	18	170.
do. do. St.-Pr.	18	170.
Stolb. Zink-H.	2	36.
do. St.-Pr.	7	105.
Tarnowitz ov.	—	34.
do. lo. St.-Pr.	0	